

Zeitschrift: Energie extra
Herausgeber: Bundesamt für Energie; Energie 2000
Band: - (2000)
Heft: 4

Vorwort: Abstimmungsinformation
Autor: Ritschard, Urs

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Abstimmungsinformation

Mit einer ungewöhnlich früh einsetzenden, massiven Kampagne hat die «Wirtschaftsförderung» (wf) den Kampf gegen die drei Energievorlagen vom 24. September aufgenommen. Die Inseratekampagne ist von verschiedenen Medien bereits kommentiert worden. Sie wirft grundsätzliche Fragen auf. Was ist in Abstimmungen erlaubt, was nicht? Wie kann die Bevölkerung objektiv über Abstimmungsvorlagen informiert werden?

Was können und sollen die Behörden tun, damit sich die Bevölkerung über die Vorlagen und die Haltung der Regierung ins Bild setzen kann? Das offizielle «Abstimmungsbüchlein» bildet nach wie vor eine wichtige Stütze, genügt aber in der heutigen Informationsgesellschaft alleine nicht mehr. Eine aktivere Rolle wird erwartet. Auf Bundesebene sind in erster Linie das UVEK (Departement für Umwelt, Verkehr, Energie, Kommunikation) und das Bundesamt für Energie (BFE) angesprochen.

Eine Inseratekampagne als Gegengewicht zur «Wirtschaftsförderung» fällt selbstverständlich ausser Betracht, obwohl auf dieser emotionalen Ebene auch agiert werden muss. Diese Aufgabe obliegt befürwortenden Komitees. Das BFE hat sich demgegenüber auf sachliche Information zu beschränken und zwar zu den vom Parlament beschlossenen und vom Bundesrat unterstützten zwei Verfassungsartikeln über die Umweltabgabe und die Förderabgabe. Zehn «Fact Sheets» behandeln Inhalt und Auswirkungen dieser Vorlagen (vgl. S. 8). Auf dem Internet sind weitere Informationen erhältlich, insbesondere mehr als zwanzig «Basisinformationen» und ein «Individuelles online-Berechnungsmodell».

In einer Medienkonferenz Anfang Juli haben UVEK und BFE die Vorlagen als Schritt in eine nachhaltige schweizerische Energieversorgung bezeichnet. Sie ermöglichen, die zahlreichen Errungenschaften von «Energie 2000» im kommenden Nachfolgeprogramm «EnergieSchweiz» deutlich zu verstärken.

Urs Ritschard,
Informationschef BFE

Abstimmung vom 24. September 2000

Bundesrat Moritz Leuenberger:

2 x JA am 24. September

Benzinpreis und Umweltabgabe

Szenarien mit und ohne Förderabgabe

Mehr Arbeit und weniger Energieverbrauch dank Energieabgaben

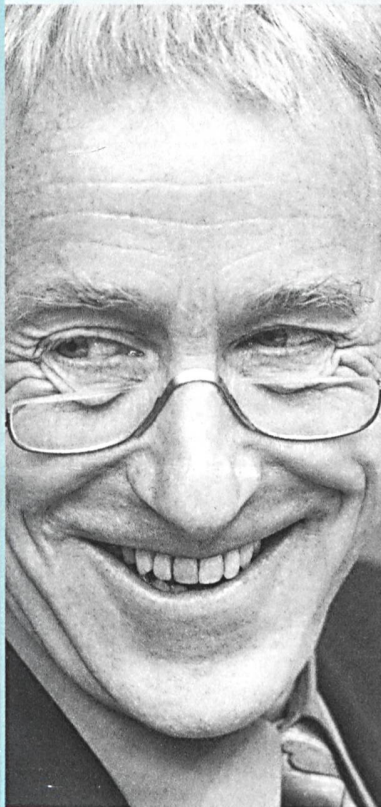
2-3

4

5

6

Weitere Informationen
zur Abstimmung:
www.admin.ch/bfe/zukunft



Gian-Reto Plattner

Basler Ständerat (SP), Präsident des
OcCC (Beratendes Organ für Klima-
fragen von UVEK und EDI)

*«Ohne den Erhalt
unserer Umwelt
kann auch
die Wirtschaft kein
Geld verdienen.»*

Kluges Volk, dumme Bosse?

Emissionen aus der Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas steigen weltweit – auch bei uns. Die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre steigt rasant an und liegt heute höher als je in den letzten 400 000 Jahren. Die Erdatmosphäre wärmt sich denn auch auf: Die 90er-Jahre waren das bisher wärmste Jahrzehnt der bekannten Menschheitsgeschichte, 1998 das wärmste Jahr des Jahrzehnts. Der Treibhauseffekt ist da und er ist bedrohlich: Das Klima läuft aus dem Ruder.

Die Schweiz hat sich in den internationalen Verhandlungen zur Bekämpfung des Treibhauseffektes verpflichtet, ihre CO₂-Emissionen zu senken. Um das zu erreichen, möchten Bundesrat und Parlament das Energiesparen sowie die Nutzung von erneuerbaren Energien mit dem Ertrag einer «Förderabgabe» unterstützen und die nicht erneuerbaren Energieträger mittels einer «Umweltabgabe» verteuern und mit dem Ertrag die Lohnnebenkosten senken.

Gerade die Umweltabgabe stellt einen zukunftsweisenden, schweizerisch vorsichtigen Schritt in Richtung auf ein ökologischeres Steuersystem dar. Sie ist wirtschaftsfreundlich ausgestaltet, international abgestützt und eine reine Steuerverlagerungs-Abgabe, welche den übermässigen Energieverbrauch stärker besteuert und dafür die Lohnarbeit entlastet, nach dem Motto: Mehr Arbeitsplätze, weniger Roboter. Sogar die Redaktion der wirtschaftsfreundlichen NZZ unterstützt sie nach reiflicher Überlegung, denn sie ist «so ziemlich das Beste, was in Europa unter diesem Titel zu finden ist», schreibt jemand, der es wissen muss: die am meisten betroffene Erdölwirtschaft.

Dennoch laufen Vorort und Wirtschaftsförderung dagegen Sturm und stecken Millionenbeträge in eine Desinformations-Kampagne. Es ist schade, dass diese Dachverbände – ganz im Gegensatz zu grossen Teilen der Wirtschaft selber – noch immer nicht begriffen haben, worum es geht: Um den Erhalt einer Umwelt, ohne die auch die Wirtschaft kein Geld verdienen kann. Hoffen wir, das Volk sei klüger als seine Bosse. Es wäre ihm zu gönnen. *G.-R. P.*